

Termin [REDACTED]

Entzug des Regelbedarfes im Bürgergeld bei willentlicher und grundloser Arbeitsverweigerung

Bei erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen, die sich willentlich und grundlos weigern, eine zumutbare, konkret angebotene Arbeit anzunehmen und vorher (innerhalb des letzten Jahres) bereits gegen eine Pflicht zur Aufnahme einer Arbeit verstoßen oder ihr Arbeitsverhältnis grundlos gekündigt haben, soll vorübergehend für die Dauer von bis zu zwei Monaten der Regelbedarf im Bürgergeld entzogen werden können. Die Regelung hat insbesondere auch eine präventive Wirkung für alle Bürgergeldbeziehenden und auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ggf. planen, mit Blick auf das Bürgergeld einen Job nicht aufzunehmen bzw. zu kündigen. Die Regelung ist Bestandteil des Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024. Es werden Minderausgaben beim Bürgergeld in Höhe von rund 170 Millionen Euro jährlich erwartet (insbesondere durch die erwartete präventive Wirkung). Davon entfallen rund 150 Millionen Euro auf den Bund und rund 20 Millionen Euro auf die Kommunen. Die Regelung wird auf zwei Jahre befristet. Eine Entfristung wird auf der Grundlage der Evaluationsergebnisse aus der Wirkungsforschung nach § 55 SGB II ergebnisoffen geprüft.

Gesprächsziel:

Information und Meinungsaustausch

Kernbotschaft:

Wir erhöhen den Druck auf den Personenkreis, der den Sozialstaat bewusst ausnutzt. Bei willentlicher Arbeitsverweigerung werden wir Leistungsminderungen verschärfen und damit Arbeitsanreize stärken.

Kernsätze (aktiv):

- **Der soziale Rechtsstaat ist darauf angewiesen, dass Mittel der Allgemeinheit, die zur Hilfe für deren bedürftige Mitglieder bestimmt sind,**

nur in Fällen in Anspruch genommen werden, in denen wirkliche Bedürftigkeit vorliegt.

- Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 5. November 2019 (1 BvL 7/16) entschieden, dass der Staat grundsätzlich Leistungsminderungen zur Durchsetzung von Mitwirkungspflichten einsetzen darf.
- Wer sich seiner Mitwirkung beharrlich verweigert, kann sich nicht auf die Solidarität der Allgemeinheit berufen.
- Laut Praxisberichten der Jobcenter handelt sich hierbei zwar um eine sehr kleine Gruppe. Die überwältigende Mehrheit der Leistungsbeziehenden weiß, dass Arbeit einen Unterschied macht und arbeitet konstruktiv mit. Es kann aber nicht sein, dass eine kleine Minderheit das ganze System in Verruf bringt.
- Daher werden wir die Möglichkeiten der Leistungsminderung bei grundloser Arbeitsverweigerung verschärfen.
- Für diejenigen, die sich willentlich und grundlos weigern, eine ihnen konkret angebotene, zumutbare Arbeit anzunehmen und vorher bereits gegen eine Pflicht zur Aufnahme einer Arbeit verstoßen oder ihr Arbeitsverhältnis grundlos gekündigt haben, wird es deutlichere Leistungsminderungen geben.
- Bislang war höchstens eine Kürzung um 30 Prozent des Regelbedarfes vorgesehen. Mit der neuen Regelung kann hartnäckigen Arbeitsverweigerern der Regelbedarf für bis zu zwei Monate komplett entzogen werden.
- Um Obdachlosigkeit zu vermeiden, sind die Wohn- und Heizkosten ausgenommen. Gleiches gilt für Mehrbedarfe beispielsweise für Schwangerschaft.
- Die Regelung setzt ein deutliches Signal - insbesondere auch an alle Bürgergeldbeziehenden und auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ggf. planen, mit Blick auf das Bürgergeld einen Job nicht aufzunehmen bzw. zu kündigen. Und sie steht im Einklang mit den Rahmenbedingungen, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil aufgestellt hat.
- Wir werden uns natürlich genau ansehen, wie die Regelung in der Praxis wirkt. Daher befristen wir die Regelung auf zwei Jahre. Eine Entfristung wird dann auf der Grundlage der Evaluationsergebnisse aus der Wirkungsforschung des IAB ergebnisoffen geprüft.

reaktiv:

- **zur Praxistauglichkeit der Regelung**

- Praktisch dürfte der Nachweis der „willentlichen Verweigerung“ einer „konkret angebotenen [...] zumutbaren Arbeit“, „obwohl im Verfahren die Möglichkeit dazu bestand, Besonderheiten der persönlichen Situation vorzubringen“ nicht immer einfach zu erbringen sein.
- Voraussichtlich hat die Regelung vorrangig präventive Wirkung. Präventiv wirkende Regelungen werden immer wieder von den Jobcentern nachgefragt.
- In der aktuellen Debatte ist die Regelung als eine Maßnahme geeignet, um das Bürgergeld hinsichtlich der Verbindlichkeit nachzuschärfen.

- **zur Verfassungsmäßigkeit der Regelung**

- Ein Entzug des Regelbedarfes ist unter Beachtung der engen Voraussetzungen des BVerfG rechtlich möglich.
- Die vom BVerfG geforderten Elemente der Verhältnismäßigkeit finden auch im Falle des vollständigen Wegfalls der Leistungen Anwendung.
- Dies enthält die Möglichkeit der nachträglichen Mitwirkung, die Möglichkeit der persönlichen Anhörung und die Härtefallprüfung. Ebenso ist zu prüfen, ob die Leistungsberechtigten einen wichtigen Grund für ihr Verhalten darlegen und nachweisen.
- Der Entzug des Regelbedarfes umfasst allerdings ausschließlich den Regelbedarf. Die KdU sollen unberührt bleiben.
- Gegen eine Erstreckung auf KdU bzw. Erstaussstattung spricht die besondere Schutzbedürftigkeit des Wohnraums, die auch das BVerfG betont hat. Es widerspräche dem Zweck des SGB II, wenn die Betroffenen mit dem Verlust des Wohnraums die Grundlagen dafür verlören, überhaupt wieder in Arbeit zu kommen.
- Ebenso bleiben etwaige Mehrbedarfe für besondere, individuelle Bedarfslagen (Mutterschaft, Krankheit, Behinderung, therapeutische Geräte, Erstaussstattung Wohnung) unberührt.

***[Hinweis intern: Allerdings besagt das Urteil im Wortlaut:
vollständiger Leistungsentzug.]***

- Im Einklang mit den Zielen des SGB II, die Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu beseitigen, die Dauer zu verkürzen oder den Umfang zu verringern, ist es keine Voraussetzung für den Wegfall des Regelbedarfes, dass die angebotene Arbeit zu einer unmittelbaren Überwindung der Hilfebedürftigkeit führt.
- Andernfalls wäre der Entzug des Regelbedarfes von der Größe der Bedarfsgemeinschaft und den dort zu diesem Zeitpunkt bestehenden Einkommensverhältnissen abhängig.
- Eine solche Ungleichbehandlung soll vermieden werden.
- **zu sogenannten Sanktionsketten**
 - Der Entzug des Regelbedarfes bei willentlicher Arbeitsverweigerung bezieht sich immer auf ein konkret vorliegendes Arbeitsangebot. Solange die Möglichkeit zum Aufnehmen dieser Arbeit tatsächlich und unmittelbar besteht, längstens jedoch für die Dauer von zwei Monaten, wird kein Regelbedarf geleistet.
 - Nach Ablauf von längstens zwei Monaten können die Leistungen wegen der Ablehnung dieses Arbeitsangebotes nicht weiter gemindert werden.
 - Für einen erneuten Entzug des Regelbedarfes bedarf es eines neuen Arbeitsangebotes.
 - Dabei darf es sich nicht um eine Wiederholung desselben Stellenangebotes handeln.
- **zur Minderungsdauer von zwei Monaten**
 - Angesichts der besonderen Bedeutung des Regelbedarf-Bezuges für ein menschenwürdiges Leben darf die Dauer des Leistungsentzuges nicht überdehnt werden und muss verfassungsrechtlich stets im verhältnismäßigen Rahmen bleiben.
 - Eine Leistungsminderung darf kein Selbstzweck sein. Sie darf die Integrationsziele des Gesetzes nicht behindern. Sie muss aber dennoch spürbar sein.
 - Die Dauer von zwei Monaten ist daher in einer Gesamtabwägung verhältnismäßig.

- **zur Berechnung der finanziellen Auswirkungen**
 - 2018 lag der Anteil der sanktionierten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II bei etwa 3 Prozent. Im September 2023 lag der Anteil der sanktionierten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Bürgergeldbezug bei 0,5 Prozent (August 2023 0,6 Prozent).
 - Eine Kategorie der sog. Arbeitsverweigerer gab es bisher nicht, sodass hierzu auch keine konkrete Personenzahl benannt werden kann.
 - Die Einsparungen über 170 Millionen Euro jährlich (davon 150 Millionen beim Bund und 20 Millionen bei den Kommunen) sind deshalb eine Schätzung auf Grundlage der bisher bekannten Leistungsminderungen sowie einer großen präventiven Wirkung der Neuregelung.
 - Sie bewirkt, dass Personen und alle Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft idealerweise gar nicht erst bedürftig werden bzw. bleiben, weil sie künftig zumutbare Arbeitsangebote nicht ablehnen oder ihre Arbeit bereits zuvor nicht aufgeben.
- **zur Arbeitsverweigerung wegen Schwarzarbeit**
 - Hat das Jobcenter den begründeten Verdacht, dass eine konkrete und zumutbare Arbeit wegen Schwarzarbeit nicht angenommen oder aufgenommen wird, ergreift es weitere Maßnahmen zur Überprüfung dieses Verdachts.
 - Die Jobcenter können den hauseigenen Außendienst zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch einschalten und die betroffene Person zur Überprüfung persönlich aufsuchen.
 - Wenn Hinweise auf einen konkreten Arbeitgeber bestehen, schalten die Jobcenter die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) ein, mit der sie eng zusammenarbeiten.
 - Liegen tatsächliche konkrete Anhaltspunkte für eine Straftat vor, werden die Strafverfolgungsbehörden einbezogen.
 - Hinweis: Erfahrungen und Zahlen hinsichtlich der Bekämpfung von Schwarzarbeit liegen der BA nicht vor, da die Bekämpfung von Schwarzarbeit in der originären Zuständigkeit des BMF und dort der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) liegt.

- **reaktiv zu Befristung und Evaluation**
 - Die Regelungen zum Entzug des Regelbedarfs bei Arbeitsverweigerung sind auf zwei Jahre befristet.
 - Rechtzeitig vor Auslaufen der Befristung der Regelung soll im Lichte der Evaluationsergebnisse aus der Wirkungsforschung ergebnisoffen eine Entfristung geprüft werden.
 - Dies erfolgt im Rahmen der Wirkungsforschung der BA zum SGB II, die eine ständige gesetzliche Aufgabe der BA ist.
 - Unmittelbar nach Verabschiedung des Gesetzes wird BMAS im Rahmen dieses Auftrages mit der BA und dem IAB abstimmen, wie die Neuregelungen zum Entzug der Regelleistung bei Arbeitsverweigerung in die laufende Evaluation des Bürgergeldes einbezogen werden kann.